

Lebensarbeitszeitkonten

GEW: Freiwillige Mehrarbeit darf keine Stellen kosten

Seit Mitte Januar ist klar: Die CDU-/FDP-Landesregierung verzichtet auf ein verpflichtendes Vorgriffstundenmodell – zumindest vor der Landtagswahl. Der Landeshaushalt soll aber weiterhin saniert und bis 2018 sollen 160 Millionen Euro gespart werden. Deshalb sollen Beamt/innen freiwillig mehr arbeiten.

In der Landesverwaltung sollen 1.500 Stellen gestrichen werden. Der Schulbereich soll zwar bis 1015 von Stellenstreichungen ausgenommen sein – aber um zu sparen sollen alle Beamt/innen eine Zeitstunde (Lehrkräfte eine Deputatsstunde) freiwillige Mehrarbeit leisten können, egal ob dafür Bedarf besteht. Wenn ein dienstlicher Bedarf besteht, kann noch mehr gearbeitet werden. 20 Millionen Euro sollen so allein 2011 eingespart werden. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf den Schulbereich. Das neue Lebensarbeitszeitkonto soll im September 2011 starten, bis zum Frühsommer sollen die notwendigen Regelungen geschaffen werden. Bereits zur Jahresmitte 2012 soll evaluiert werden. Wenn der gewünschte Einspareffekt nicht erreicht wird, will die CDU-/FDP-Landesregierung verpflichtende Mehrarbeit einführen.

Die GEW beteiligte sich bisher in mehreren Spitzengesprächen an der rechtlichen Ausgestaltung des Lebensarbeitszeitkontos. Es kann ein Instrument

sein, mit dem insbesondere Lehrkräfte aus beruflichen Schulen und Gymnasien ihre Bugwellenstunden in einem attraktiven und vor allem verlässlichen und flexiblen Rahmen abbauen können.

Führt die Mehrarbeit zu Stellensperrungen?

Die GEW und niemand sonst hat bisher die Frage gestellt, wo im Schulbereich die rund 11 Millionen von September bis Dezember 2011 eingespart werden sollen. Diese Frage wurde bisher weder von Ministerpräsident Mappus, noch von Staatsminister Rau und auch nicht von Kultusministerin Schick beantwortet. Wenn Lehrer/innen Mehrarbeit leisten und dies auf ein Zeit-Konto gebucht wird, wird nur zusätzliches Unterrichtsvolumen gewonnen, aber kein Geld gespart. Geld wird nur dann gespart, wenn das durch Mehrarbeit gewonnene Unterrichtsvolumen zu Stelleneinsparungen führt, zum Beispiel durch Sperrungen bei der Lehrereinstellung im Sommer 2011. Dass dies die Absicht der Landesregierung ist, war spätestens mit dem Schreiben des Kultusministeriums an die Schulverwaltung (s. Rückseite) klar. Ab diesem Zeitpunkt räumten die Spitzenpolitiker die Sparabsicht durch Stellensperrungen ein. Stellen streichen oder sperren: Die Wirkung ist die gleiche. Auch Stellensperrungen verhindern, dass junge Lehrer/innen eingestellt werden können.

Mehrarbeit schafft Arbeitslosigkeit

Die GEW ruft alle Lehrer/innen dazu auf, keine freiwillige Mehrarbeit zu leisten, solange die Landesregierung nicht ausschließt, dass Anwärter/innen und Referendar/innen durch das Sperren von Stellen arbeitslos werden.

Konsequenzen/Rückgabe der Mehrarbeit klären

Solange die konkreten Regelungen für das Ansparen und die Rückgabe nicht geregelt sind, sollte sich niemand zu freiwilliger Mehrarbeit für das kommende Schuljahr verpflichten.

Pressemitteilung von Kultusministerin Schick am 11. Februar:

„Ich bedauere sehr, dass sich die GEW von einem konstruktiven Dialog über das Lebensarbeitszeitkonto verabschiedet hat. Das ist innerhalb weniger Wochen eine komplette Rolle rückwärts. Das Lebensarbeitszeitkonto bietet enorme Chancen für die Lehrerinnen und Lehrer im Land. Die GEW sucht nun das Haar in der Suppe, die ihr vor einigen Wochen noch gut geschmeckt hat. Es ist offensichtlich, dass nun vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahl versucht wird, mit dubiosen Forderungen dieses moderne Arbeitszeitmodell zu diskreditieren.“

Schreiben des KM vom 9. Februar an Schulverwaltung und Schulen:

„... Die Auswirkungen einer Teilnahme von Lehrkräften am freiwilligen Lebensarbeitszeitkonto werden beim Listenauswahlverfahren (Lehrereinstellung) Anfang Juni berücksichtigt. Sobald Einzelheiten zum Lebensarbeitszeitkonto feststehen, werden wir Sie informieren...“

Entscheiden Sie selbst: Sucht die GEW ein Haar in der Suppe und diskreditiert mit dubiosen Forderungen das „attraktive Arbeitszeitmodell“?

Lebensarbeitszeitkonten: Die GEW findet das Haar in der Suppe

Ja! Der Trick der Landesregierung, die Lehrer/innen Mehrarbeit leisten zu lassen und dann im Volumen von 11 Millionen Euro – das sind bis zu 800 Einstellungen von Junglehrer/innen – Stellen zu sperren, ist für die GEW tatsächlich ein Haar in der Suppe, und zwar ein ganz dreckiges.

Es geht aber noch weiter: Die GEW fordert, dass eine Erhöhung der Deputate für die Laufzeit der Arbeitszeitkonten ausgeschlossen ist. Diese Zusage gab es beim Vorgriffstundenmodell 1997. Diese Zusage wird bisher ebenso wie die Forderung nach Verzinsung des Zeitdarlehens abgelehnt.

Eine weitere zentrale Frage wurde sehr unzureichend beantwortet: Während es für die GEW eine Selbstverständlichkeit ist, dass die geleistete Mehrarbeit auf jeden Fall in Zeit und bei so genannten Störfällen

(Versetzung, Dienstunfähigkeit, Tod) in Geld ausbezahlt wird, hält der CDU-Fraktionsvorsitzende dies für ein normales Lebensrisiko. Offen ist auch, ob eine Mindestsumme an Arbeitszeit angespart werden muss, damit überhaupt etwas zurückgegeben wird.

Bleibt die Frage nach der Attraktivität: Warum sollen Teilzeitbeschäftigte Mehrarbeit für ein Lebensarbeitszeitkonto leisten anstatt ihr Deputat zu erhöhen? Sie können in späteren Jahren bei Bedarf einfach ihr Deputat reduzieren.

Dass die Landesregierung erst bis Sommer die rechtlichen Regelungen schaffen will, heißt für die GEW ganz klar, dass das Arbeitszeitkonto nicht im Schuljahr 2011/12 starten kann. Wenn erst dann die Modalitäten für das Ansparen und die Rückgabe klar sind, stellt dies die Schulen vor zu große organisatorische Probleme.

Forderungen der GEW

Die GEW hat ihre Position zu den Lebensarbeitszeitkonten dem KM schriftlich vorgelegt:

- Regelmäßige Mehrarbeit über das volle Deputat hinaus konterkariert bei den zu hohen Deputaten die Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und wird deshalb von der GEW abgelehnt.
- Wenn die Landesregierung das Unterrichtsvolumen, das durch Mehrarbeit gewonnen wird, nicht für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung nutzt, sondern Lehrerstellen sperrt, ruft die GEW die Lehrer/innen dazu auf, keine freiwillige Mehrarbeit zu leisten. Die Sperrung von Lehrerstellen vernichtet Einstellungschancen junger Lehrer/innen.
- Die Rückgabe der bereits aufgelaufenen Bugwellenstunden und der künftigen Stunden aus Lebensarbeitszeitkonten in allen Schularten muss so geregelt werden, dass die Lehrkräfte jeweils

zum Termin der stellenwirksamen Änderungen für das folgende Schuljahr individuell entscheiden können, ob bzw. wie viele ihrer Stunden sie zurück wollen. Auch Lehrkräften, die in Mangelfächern unterrichten, darf die wunschgemäße Rückgabe der Bugwellenstunden nicht verweigert werden.

- Die Mehrarbeit in Arbeitszeitkonten ist ein beträchtliches Darlehen, das die Landesregierung bei den Lehrkräften aufnimmt. Es muss verzinst werden.
- Da die freiwilligen Mehrarbeitsstunden innerhalb jeder Schulart für eine gleichmäßige Versorgung der Schulen genutzt werden, führen sie ggf. zu Versetzungen und Abordnungen. Darüber müssen die Lehrkräfte informiert werden.
- Die Beschränkung des Freistellungsjahrs (Sabbatjahr) auf Inanspruchnahme innerhalb des 8-Jahreszeitraums muss aufgehoben werden.